P r o t o k o l l

der 9. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Wohnungswesen
der Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf von Berlin
am 16. April 2003

Beginn: 16:30 Uhr Ende: 17:20 Uhr

Anwesende: siehe Anwesenheitsliste

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung.

Die Vertretung für Herrn BzStR Laschinsky übernimmt Herr BzStR Stäglin.

Herr Henzler, Leiter des Wohnungsamtes, und Herr Pawlik - Leiter des FB Wirtschaft und Märkte - werden als Gäste begrüßt.

Die TOPe 6 und 8 werden in den gemeinsamen Ausschuss Bauen und Verkehr und Wirtschaft und Wohnungswesen überwiesen.

Der TOP 9 wird zurückgestellt, da dieser erst im Ausschuss für Sozialwesen und Grundstückssicherung mitberaten werden soll.

TOP 1 Bürger-Frage-Viertelstunde

Anfragen gemäß § 18 GO BVV liegen nicht vor.

TOP 2 Protokolle

Das Protokoll der 7. Ausschusssitzung wird ohne Aussprache zur Kenntnis genommen. Im Protokoll der 6. Ausschusssitzung wird durch BV Karnetzki folgende Änderung als Klarstellung eingebracht:

BV Karnetzki (SPD) erklärt, dass seine Fraktion nur unter der Maßgabe, da das BA erklärt habe, dass nur für Trainingsmöglichkeiten während der Fußballweltmeisterschaft 2006 die Stadien Lichterfelde und der Ernst-Reuter-Sportplatz in Betracht kommen und nicht das Stadion Wannsee, dem Antrag in der jetzt vorliegenden Fassung vom 11.11.2002 zustimmen.

Die Änderung wird ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

TOP 3 Bericht aus dem Bezirksamt

BzStR Stäglin berichtet aus dem Bereich *Wirtschaft,* dass es ab dem 1. Mai 2003 eine neue Gebührenstruktur für die Nutzung der öffentlichen Wochenmärkte im Bezirk Steglitz-Zehlendorf geben wird. Die Quadratmetergebühren für 3 Wochenmärkte bleiben unverändert, lediglich für den Hermann-Ehlers-Platz und dem Kranoldmarkt wird eine geringfügige Gebührenanhebung festgesetzt. In einem Gespräch mit den Händlern wegen einer möglichen Privatisierung der Märkte wurde deutlich, dass diese doch eher eine Gebührenerhöhung in Kauf nehmen, als privatisiert zu werden.

BV Rolle fragt das BA, wodurch die Erhöhung der Marktgebühr begründet ist und um wie viel sich die Einnahmen erhöhen werden.

BzStR Stäglin sagt hierzu, dass das BA gehalten ist, die Einnahmesituation zu verbessern und dies einer der Ansätze ist, wo der Bezirk selbst tätig werden kann.
Ergänzend berichtet Herr Pawlik, Abt. Wirtschaft, dass sich die Einnahmen, aufs Jahr verteilt, ca. 20 T höher sein werden. In diesem Jahr wird dieses Ergebnis, da erst im Mai d.J. die Erhöhung eingeführt wird, nicht erreicht werden.

Frau BV Grimpe-Christen fragt, ob durch die Erhöhung der Marktgebühr die weitere Teilnahme der Gewerbetreibenden gefährdet sein könnte.
Im Vergleich zu den privaten Marktbetreibern ist die Gebühr auf den öffentlichen Wochenmärkten sehr moderat und günstig. Auf Nachfrage von Frau BV Grimpe-Christen erklärt Herr Pawlik, dass das Zusammenwirken von öffentlichen und privaten Wochenmärkten funktioniert. Gutes Beispiel ist die Situation am Kranoldplatz, wo sich beide Märkte gut ergänzen.

Aus dem Bereich *Wohnungsamt* liegen keine Punkte vor.

TOP 4 Schließung des Wohnungsamts
Drucksache: 373 / II FDP

Die CDU-Fraktion hatte in der letzten Sitzung um Vertagung gebeten und legt nun einen Änderungsantrag vor. BV Rolle begründet diesen Antrag.

Der Ausschussvorsitzende bedauert, dass der Änderungsantrag nicht rechtzeitig an die Ausschußmitglieder im Vorfeld der Sitzung schriftlich verteilt worden sei.

Frau BV Grimpe-Christen erklärt, dass die FDP-Fraktion ihren Antrag nicht zurückziehen wird. Die FDP-Fraktion könne dem Änderungsantrag zustimmen, sofern ein zeitliches Limit dem BA bis zum 15. Juni 2003 zur Beantwortung gesetzt wird. Sie beantragt die Zurückstellung des Ursprungsantrages.

BV Karnetzki kritisiert, dass dieser Antrag den Ausschuss schon ein halbes Jahr beschäftigt und nun soll das Bezirksamt innerhalb von drei Wochen ein Ergebnis der Prüfung vorlegen. Das kann dem BA nicht aufgebürdet werden.

BV Müller-Gazurek weist darauf hin, dass der ursprüngliche Antrag als eigenständiger Antrag nicht mehr existiert, weil er durch den Änderungsantrag ergänzt worden ist. Der FDP-Antrag kann nur zurückgestellt werden, wenn der Änderungsvorschlag der CDU-Fraktion als Ausschussantrag behandelt wird.

BV Rolle bringt den Änderungsvorschlag als *Ausschussantrag* ein. Nach Beratung einigt sich der Ausschuss auf folgende Fassung:

> *Das Bezirksamt wird ersucht, zu prüfen, ob das Wohnungsamt geschlossen werden kann. Hierbei ist insbesondere zu berücksichtigen, wie bzw. ob die Aufgaben, die bisher durch das Wohnungsamt wahrgenommen wurden und weiterhin aufgrund rechtlicher Vorgaben durch den Bezirk durchzuführen sind, in die Bereiche anderer Ämter zu verlagern sind.*
> *Der BVV ist über das Ergebnis dieser Prüfungen kleinteilig, umfassend und zeitnah Bericht zu erstatten. Hierbei sollen die haushaltsmäßigen Auswirkungen der Schließung des Wohnungsamts berücksichtigt werden.*

BzStR Stäglin informiert den Ausschuss darüber, dass in der letzten BzStR-Sitzung Bauen, Wohnen und Umwelt eine Arbeitsgruppe eingerichtet wurde, die die Aufgabe hat, einheitliche Verwaltungsstrukturen im Land Berlin zu schaffen, um die unterschiedliche Aufteilung der Fachbereiche in den Bezirken berlinweit zu vereinheitlichen. Weiterhin soll hier abgeglichen werden, welche Aufgaben die Wohnungsämter zukünftig übernehmen sollen.
In dieser Arbeitsgruppe werden SenStadt und 4 Bezirke - Pankow, Friedrichshain-Kreuzberg, Marzahn-Hellersdorf, Tempelhof-Schöneberg - mitwirken.

Wegen der Terminierung der Arbeitsgruppe kann BzStR Stäglin dem Ausschuss noch keine Ergebnisse mitteilen. Das BA wird zukünftig über den Diskussions- bzw. Sachstand im Ausschuss berichten.

Herr Henzler, Leiter des Wohnungsamtes, teilt mit, dass im Fachbereich 1 - Wohngeld - zurzeit 27 Mitarbeiter in 4 Arbeitsraten und 5 Leitungskräfte beschäftigt sind. Die Zahl der Wohngeldempfänger ist seit der Fusion im Jahre 2001 von 2.627 in beiden Bezirken auf 4.700 im fusionierten Bezirk gestiegen. Dieser Trend hält an, da künftig die Mehrzahl der Grundsicherungs-Empfänger Wohngeld als vorrangige Leistung beim Wohngeldamt beantragen zu haben. Das Wohngeldrecht hat in den vergangenen 3 Jahren umfangreiche Änderungen erfahren und sich zu einem höchstspezialisierten Teil des Sozialleistungsrechts entwickelt. Die Verlagerung der Aufgaben in andere Ämter würde aus Sicht des Amtes weder zu Kostenersparnissen führen noch Synergieeffekte auslösen.

Zum Zuständigkeitsbereich des Fachbereiches 2 - Wohngeldberechtigung: hier sind 10 Mitarbeiter und eine Fachbereichsleitung beschäftigt - führt Herr Henzler weiter aus, gehören 17.552 Sozialwohnungen. Die hierfür erteilten Wohnberechtigungsscheine (WBS) und sonstigen Bescheinigungen beliefen sich auf insgesamt 4.521 im Jahr 2002. Ferner wird die Verwaltung von Arbeitgeberdarlehns-Wohnungen für Gesamt- Berlin im Fachbereich erledigt. Die Komplexität der Aufgabengebiete lässt nur eine Zuarbeit z.B. durch das Bürgeramt sachgerecht erscheinen.

Herr Henzler hebt insbesondere hervor, dass in rechtlicher Hinsicht Bedenken bestehen gegen die Auflösung des Wohnungsamtes, da nach der Änderung des Bezirksverwaltungsgesetzes durch die Verwaltungsreform das Wohnungsamt ein Kern-LuV bildet (§ 37 Abs. 2 BezVG).

Der Vorsitzende lässt über den Ausschussantrag abstimmen. **Mit 13 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1-Enthaltung wird er angenommen.**
Die Drucksache 373 / II wird auf Antrag der FDP-Fraktion zurückgestellt.

TOP 10 wird vorgezogen.

TOP 10 Abschaffung der Belegungsbindung
Drucksache: 684 / II

BV Rolle meldet für die CDU-Fraktion Beratungsbedarf an. Dem wird zugestimmt und auf die nächste Sitzung vertagt.

TOP 5 Autofrei an den vier Adventssonntagen
Drucksache: 587 / II

BzStR Stäglin berichtet, dass für den Bereich Schloßstraße für die Fußgänger Qualitäten zu schaffen sind, solange weitere Baumaßnahmen nicht umgesetzt werden können. Für den Bereich Teltower Damm wäre zu prüfen, was eine Sperrung der Straße wirklich bringen würde. Zum einen ist die Einkaufsstruktur der Geschäfte im Abschnitt Kirchstraße bis Mühlenstraße beidseitig und zum anderen der Abschnitt Berliner Str. bis Kirchstraße nur einseitiger Geschäftsverkehr. Die bauliche und räumliche Situation des Teltower Damms sollte nochmals dahingehend geprüft werden, ob es dem Ziel des Antrages gerecht werden kann und eine Verbesserung der Aufenthalts- und Verweilqualität für Bürgerinnen und Bürger bringen würde.

BV Adam fragt die betreffenden Fraktionen, ob im Vorfeld bereits Gespräche mit den betreffenden Geschäftsleuten und Behörden (u.a. Feuerwehr, Polizei, BVG) stattgefunden haben.

BzStR Stäglin meint, dass der Ausschuss überlegen muss, wie weiter zu verfahren ist und wie das Bezirksamt in die weitere Diskussion miteinbezogen wird.

Der Ausschussvorsitzende lässt über den Antrag in geänderter Fassung (aus Adventssonntagen in der Überschrift wird Adventssonnabenden) abstimmen.

Mit 7 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen wird der Antrag abgelehnt.

Die Beschlussempfehlung wird dem federführenden Ausschuss für Bau und Verkehr weitergeleitet.

TOP 7 Wirtschaftsförderung
Drucksache 619 / II

BzStR Stäglin verweist auf das Projekt "Regionale Tourismusentwicklung in Steglitz-Zehlendorf", das Mitte März 2003 begonnen hat und mit EFRE-Mitteln finanziert wird. Dieses Projekt wurde initiiert aus dem Programm "Förderung wirtschaftsdienlicher Maßnahmen im Rahmen bezirklicher Bündnisse für Wirtschaft und Arbeit".

Die Ausschussmitglieder nehmen die Einrichtung des Projektes zustimmend zur Kenntnis.

Anschließend lässt der Vorsitzende des Ausschusses über den Antrag abstimmen. **Dieser wird einstimmig angenommen.**

TOP 11 Verschiedenes

Die nächste Ausschuss-Sitzung findet am 14.05.2003 statt.

Vorsitzender: BV Müller
Protokoll: Reyer 18.06.2003